



Niederschrift

24. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. Mai 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 15 der Tagesordnung: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Beschluss:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 auf:

Im öffentlichen Teil sagen wir kurz was zur Steuerschätzung, weil wir da auch permanent von außen gefragt werden, und dann hätte ich noch einen nichtöffentlichen Teil der Mitteilungen, aber zunächst zur Steuerschätzung.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Ja, ich würde gerne mit einem Zitat von unserem alten und neuen Finanzminister beginnen. „Die Zeit der großen Zuwächse bei den Steuereinnahmen ist vorbei, die finanziellen Herausforderungen wachsen schneller als die Einnahmen“, so unser Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Herr Bayaz, und genauso ist es ja bei uns in den vergangenen Jahren auch zu spüren. Spürbare Auswirkungen im Rahmen der Steuerschätzung sind vor allem die steuerlichen Entlastungen bei der Einkommens- und Umsatzsteuer, und ich möchte auch darauf verweisen, dass es um die abgesenkte Gastro Umsatzsteuer, die höhere Pendlerpauschale, aber auch die höheren Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen bedingt ist, weil natürlich diese Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger auch auf der anderen Seite geringere Steuereinnahmen für den Fiskus bedeuten. Laut der Maisteuerschätzung 2026 müssen die Städte, Gemeinden und Landkreise erneut mit deutlich geringeren Einnahmen rechnen als es in der Oktober Steuerschätzung der Fall war. Und der überwiegende Anteil ergibt sich dann aus den sinkenden Gewerbesteuererinnahmen. Das ist uns bekannt, weil uns haben ja die Hiobsbotschaften für die Gewerbesteuer schon Anfang Januar erreicht, und wir haben Ihnen ja auch dargelegt, dass wir insgesamt unsere Ansätze um 70 Mio. nach unten korrigieren mussten. Insofern hat jetzt diese Steuerschätzung für uns keine ad hoc von heute gesehen keine neuen Erkenntnisse gehabt, aber die Auswirkungen, die ich Ihnen bei der Bundessteuer durch die entsprechenden Entlastungselemente für die Bürgerschaft dargelegt habe, haben natürlich Auswirkungen auf die sogenannten Gemeinschaftssteuereinnahmen des Bundes, das sind die Einkommenssteuer und die Umsatzsteueranteile, der Familienlastenausgleich und der kommunale Finanzausgleich. Wir gehen bei einer pauschalen Schätzung von einer Reduktion von 3 bis 5 Mio. Euro aus. Das ist eine leichte Verschlechterung. Weitergehend können wir das jetzt noch nicht konkretisieren, weil das Land seinen entsprechenden

Orientierungserlass für die Kommunen erst für den 10. Juli angekündigt hat, nämlich mit der dritten Teilauszahlung des kommunalen Finanzausgleichs.

Zusammenfassend kann man sagen, 2026 wird sich minimal aufgrund der jetzigen Gewerbesteuerschätzung im Mai verschlechtern zu dem, was wir ihnen vorgelegt haben, wir haben aber die haushaltswirtschaftliche Sperre natürlich schon gemeinschaftlich verlegt, und im Haushaltsjahr 2027 gehen wir nur von geringeren Restriktionen aus, aber uns muss klar sein, dass wir natürlich durch den Vollzug des Haushaltsjahres 26 und durch die Situation in der Wirtschaft im Moment nicht genau wissen, wie sich der Vollzug 26 weiter gestalten wird. Also die Fragen, was brauchen wir für 27? Reicht eine haushaltswirtschaftliche Sperre? Brauchen wir einen Nachtragshaushalt? Das können wir im Moment noch nicht abschließen, beurteilen. Summa summarum bin ich erstmal froh, dass wir keine deutlichen Einbußen haben, sodass wir jetzt sofort wieder hätten handeln müssen. Wir können jetzt erstmal unseren Haushaltsvollzug auf Sicht weiterfahren.

Der Vorsitzende: Ich würde es anders formulieren. Wir haben die Einbußen schon gehabt, deswegen kann es die Steuerschätzung nicht mehr Schuppen, aber es führt zum selben Ergebnis, dass wir auf dem, was wir mit Ihnen auch über die Sperre vereinbart haben, jetzt erstmal voraussichtlich so weitersegeln können, ohne dass wir in 26 noch zusätzlich mit dramatischen Verschlechterungen rechnen müssen.

Damit würde ich den öffentlichen Teil schließen und bitte Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:25 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
1. Juni 2026